

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 30

4. April

1916

Bekanntmachung.

Über die Ausbeutung der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) auf weitere Futtermittel. Vom 24. März 1916.

Auf Grund des § 15 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. Seite 399) bestimme ich:

Den im § 1 der Verordnung genannten Gegenständen treten hinzu:

- Kakaoshalen, Kakaoshalenpulver,
- Gemenge von Brotgetreide mit Hülsenfrüchten,
- Seife, nach,
- Kartoffelschlempe, getrocknet,
- Runkelrübenamen (Rendelrüben- und Futterrübenamen).

Berlin, den 24. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Bundesrats vom 18. März 1916 über die Einfuhr von Vieh und Fleisch, sowie Fleischwaren.

Vom 22. März 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Vieh und Fleisch, sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 175) bestimme ich:

§ 1. Rindvieh, Schafe und Schweine, ferner frisches und zubereitetes Fleisch von diesen Tieren, sowie Fleischwaren aller Art, insbesondere auch Speck, die nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen aus dem Ausland eingeführt werden, dürfen nur durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin oder mit deren Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. Wer nach diesem Zeitpunkt Gegenstände der bezeichneten Art aus dem Ausland einführt, hat sie an die Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verkaufen und zu liefern.

§ 2. Wer aus dem Ausland Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art einführt, ist verpflichtet, der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin unter Angabe von Menge, Art, Einkaufspreis und Bestimmungsart unverzüglich nach der im Ausland erfolgten Verladung Anzeige zu erstatten, auch alle sonst handelsüblichen Mitteilungen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft weiterzuleiten. Er hat den Eingang der Gegenstände und deren Aufbewahrungsort der Zentral-Einkaufsgesellschaft unverzüglich anzuzeigen.

Die Anzeigen und Mitteilungen erfolgen telegraphisch und sind schriftlich zu bestätigen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Gegenstände im Inland zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 3. Wer aus dem Ausland Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art einführt, hat sie bis zur Abnahme durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns aufzubewahren, in handelsüblicher Weise zu verpacken und auf Wunsch nach den Anweisungen der Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verladen. Er hat die Gegenstände auf Verlangen der Zentral-Einkaufsgesellschaft an einem von dieser zu bezeichnenden Ort zur Besichtigung zu stellen.

§ 4. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung zu erklären, ob sie die Gegenstände übernehmen will.

§ 5. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat für die von ihr übernommene Ware einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Ist der Verpflichtete mit dem von der Zentral-Einkaufsgesellschaft gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Ausschuss den Preis endgültig fest; der Ausschuss bestimmt auch darüber, wer die baren Ausgaben des Verfahrens zu tragen hat.

Der Reichskanzler ernannt den Vorsitzenden des Ausschusses, seine Mitglieder und deren Stellvertreter.

Der Ausschuss entscheidet in einer Besetzung von fünf Mitgliedern, von welchen mindestens drei dem Fachhandel angehören müssen.

Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen zu befolgen hat.

§ 6. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Feststellung des Preises zu liefern, die Zentral-Einkaufsgesellschaft vorläufig den von ihr angemessenen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Zentral-Einkaufsgesellschaft durch Anordnung der zuständigen Behörde auf die Gesellschaft oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 7. Die Abnahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen 14 Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an welchem der Zentral-Einkaufsgesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so geht die Gefahr des Unterganges und der Verschlechterung auf die Zentral-Einkaufsgesellschaft über, und der Kaufpreis ist von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichshandelskontofuß zu verzinsen.

Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Zentral-Einkaufsgesellschaft zugeht.

§ 8. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Aufbewahrung, Versicherung und den Eigentumsübergang ergeben, soweit nicht nach § 6 der Ausschuss zuständig ist.

§ 9. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind geringfügige Mengen an Fleisch und Fleischwaren, die zum Reiseverbrauch oder in einer Menge von höchstens zwei Kilogramm im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden.

Inwieweit im übrigen Ausnahmen von diesen Bestimmungen zugelassen werden, bleibt besonderer Anordnung vorbehalten.

§ 10. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat bei der Abgabe der erworbenen Gegenstände die Bestimmungen des Reichskanzlers oder der von ihm bestimmten Stelle innezuhalten.

§ 11. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als zuständige Behörde im Sinne dieser Bestimmungen anzusehen ist.

§ 12. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu eintausendhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften in §§ 1 bis 3 dieser Bestimmungen zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlung gegen die Anzeige- und Lieferungspflicht können neben der Strafe die Gegenstände, worauf sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 13. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 12 mit dem 25. März 1916 in Kraft.

Berlin, den 22. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Bekanntmachung

betreffend Bestimmungen auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Bundesratsverordnung über die Einfuhr von Vieh und Fleisch, sowie Fleischwaren. Vom 24. März 1916.

Auf Grund des § 11 der vorstehenden Ausführungsbestimmungen bestimmen wir hiermit:

1. Zuständige Behörde im Sinne des § 6 Abs. 2 ist das Kreisamt.

2. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 8 ist das Provinzialausschuss.

Darmstadt, den 24. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Somboldt.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

An die Großh. Bürgermeistereien und Landgemeinden des Kreises.

Die Reichsgetreidestelle Berlin hat der freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums in Frankfurt a. M. größere Mengen Weizen zur Bereitung von Mazzos für die Passahwoche vom 18. bis 25. April freigegeben, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die auf die Passahwochen entfallenden Brotkarten durch Vermittlung der jüdischen Gemeinden von den rituell lebenden Juden eingezogen werden.

Indem wir Sie hiermit auf die Bedeutung dieser Ablieferung hinweisen, machen wir es Ihnen zur Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß auch tatsächlich die Brotkarten der betreffenden Juden, welche Mazzos beziehen, für die Zeit vom 18. bis 25. April zurückgegeben werden.

Gießen, den 30. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Einfuhr der Abbedereiverzeichnisse.

An Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir sehen der ungleichen Einfuhr der Abbedereiverzeichnisse für Monat März 1916 entgegen.

Gießen, den 31. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Langermann.

Bekanntmachung.

Gemäß Artikel 40 Absatz 1 der Kreis- und Provinzialordnung wird der von dem Kreistage unterm 28. d. Mts. festgestellte Voranschlag der Kreisliste des Kreises Siegen für das Rechnungsjahr 1916 hiermit veröffentlicht.

Siegen, den 31. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. B.: Pangermann.

Voranschlag der Kreisliste des Kreises Siegen für das Rechnungsjahr 1916.

	Einnahme Mark	Ausgabe Mark
1. Rechnungsfest	113 654,12	—
2. Stiftungen, Schenkungen und Vermächtnisse	—	—
3. Kriegsschuldungen	—	115 733,80
4. Beihilfen an Familien einberufenen Mannschaften	7 000,—	7 000,—
5. Beihilfen an Veteranen	40 880,—	40 880,—
6. Allgemeine Verwaltung	11 737,33	32 976,45
7. Kreisstraßen	145 331,90	259 236,26
8. Unterricht, Wissenschaft und Kunst	300,—	2 000,—
9. Gesundheitspflege	5 700,—	14 100,—
9a. Soziale Fürsorge	—	509,74
10. Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr	10 511,—	20 291,33
11. Unterstützungen	40 135,—	106 825,—
12. Beitrag zur Provinzialkasse	—	148 000,—
13. Kapitalzinsen	200,—	9 484,46
14. Neu aufzunehmende und zurückzahlende Kapitalien	—	7 987,06
15. Ausleihende Kapitalien	—	20,—
16. Uebrigbringliche Posten und Nachlässe	—	400,—
16a. Vorübergehende Kriegsschuldungen	—	5 400,—
17. Reservefonds	—	10 000,—
18. Betriebskapital	—	40 000,—
19. Beiträge der Gemeinden und Vermarkungen	445 374,74	—
Zusammen	820 824,09	820 824,09

Bekanntmachung.

Betr.: Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh.

Auf Grund des § 19 der Satzung für die Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh vom 12. Februar 1916 wird die Bekanntmachung des Oberhessischen Viehhandelsverbandes vom 29. v. Mts. hiermit nochmals veröffentlicht.

Siegen, den 3. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen. J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Satzung für die Regelung des Viehanlaufs in der Provinz Oberhessen vom 12. Februar 1916, des § 3 der Bundesratsverordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch vom 14. Februar 1916 und der Ausführungsanweisung Großh. Ministeriums des Innern vom 25. Februar 1916 wird mit Genehmigung der Großh. Provinzialdirektion Oberhessen mit Wirkung vom 30. März 1916 für den Verbandsbezirk (Provinz Oberhessen) bestimmt:

§ 1. Beim Weiterverkauf der Schweine, welche in der Provinz Oberhessen vom Landwirt oder Mäster gekauft worden sind, ist zu den geltenden Stallhöchstpreisen höchstens und einmalig folgender Aufschlag zulässig:

- beim Weiterverkauf außerhalb eines öffentlichen Schlachtviehmarktes 12 %
- beim Weiterverkauf im Marktverkehr auf einem öffentlichen Schlachtviehmarkt innerhalb des Verbandsbezirks 16 %
- beim Weiterverkauf im Marktverkehr auf einem öffentlichen Schlachtviehmarkt außerhalb des Verbandsbezirks 16 %

Falls die Identität des Schweines zweifelhaft sein sollte, ist für die Berechnung des Aufschlags der Stallhöchstpreis derjenigen Gewichtsklasse maßgebend, der das Schwein zur Zeit des Kaufs vom Landwirt oder Mäster angehört hat. Wenn die Identität nicht zweifelhaft nachgewiesen wird, ist für die Berechnung des Aufschlags der Stallhöchstpreis desjenigen Ortes maßgebend, an dem der Weiterverkauf stattfindet.

In allen Fällen, also auch bei Einfuhr von außerhalb Hessens, sind für den Weiterverkauf die für Hessen bestimmten Stallhöchstpreise maßgebend.

Die Aufschläge schließen sämtliche Spesen, Handelsgewinne und Gewichtsverluste ein. Es darf indessen bei Schweinen, die trotz des Schlachtverbots nach der Schlachtung trüchtig befunden werden, das Gewicht des Tragsacks in Abzug gebracht werden.

§ 2. Als Stallhöchstpreise für den Anlauf von Rindvieh im Verbandsbezirk werden festgesetzt:

bei einem Gewicht des Tieres in Zentnern:	a) vollfleischige Mastochsen, (bis 6 Jahre alt), Bullen, Rinder (noch nicht gefalbt) Preis für den Zentner höchstens Mark:	b) Kühe und alte Ochsen. Preis für den Zentner höchstens Mark:
11 und mehr	100.—	90.—
10 bis 11	95.—	85.—
9 bis 10	90.—	80.—
8 bis 9	85.—	75.—
7 bis 8	80.—	70.—
6 bis 7	75.—	65.—
5 bis 6	70.—	60.—
4 bis 5	65.—	55.—
3 bis 4	60.—	50.—

Maßgebend ist das Lebendgewicht mästern gezogen (12 Stunden jutterfrei) oder gefüllt gezogen abzüglich 5 %. Bei Kühen, die trotz des Schlachtverbots nach der Schlachtung trüchtig befunden werden, darf indessen das Gewicht des Tragsacks in Abzug gebracht werden.

§ 3. Beim Weiterverkauf von Rindvieh darf zu dem beim Landwirt oder Mäster gezahlten Preise höchstens und einmalig folgender Aufschlag genommen werden:

- beim Weiterverkauf außerhalb eines öffentlichen Schlachtviehmarktes 3 %
- beim Weiterverkauf auf einem öffentlichen Schlachtviehmarkt östlich von Berlin 6 %
- auf dem Schlachthof Berlin und auf öffentlichen Schlachtviehmärkten westlich von Berlin 7 %

Außerdem dürfen lediglich die reinen Eisenbahnfrachtkosten berechnet werden; im übrigen schließt der Aufschlag sämtliche Spesen und Handelsgewinne ein.

§ 4. Uebertretungen und Umgehungen werden auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 23. Juli 1915 gegen übermäßige Preissteigerungen und vom 23. September 1915 zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel unanständiglich strafrechtlich verfolgt und haben überdies die alsbaldige Entziehung der Ausweiskarte zur Folge.

Siegen, den 29. März 1916.

Oberhessischer Viehhandelsverband.

Der Vorsitzende: K. Alweil.

An Großh. Polizeiamt Siegen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Wir verweisen auf unser Ausschreiben vom 30. v. Mts. (Kreisblatt Nr. 29).

Siegen, den 3. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. B.: Hemmerde.

Betr.: Kontrollversammlung.

An den Oberbürgermeister zu Siegen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir weisen Sie auf die in Nr. 74 des Siegener Anzeigers erschienene Bekanntmachung des Bezirkskommandos Siegen mit dem Auftrage hin, diese in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

Siegen, den 1. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Friedberg.

In der Gemeinde Burg Gräfenrode ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

Siegen, den 1. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen. J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Bidingen.

In Altenstadt ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Siegen, den 1. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Siegen. J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Schutz der Vögel.

Wir bringen in Erinnerung, daß nach § 1 des Reichsgesetzes vom 30. Mai 1908 (R. G. Bl. S. 317) das Verhören und Ausheben von Nestern oder Bruthöhlen der Vögel, das Verhören und Ausheben von Eiern, das Ausnehmen und Töten von Jungen verboten ist. In gleicher Weise ist das Beibieten und der Verkauf der gegen dieses Verbot erlangten Eier und Jungen untersagt.

Zu widerhandelnde werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere auch denjenigen, der es unterläßt, Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und an seiner Hausgenossenschaft gehören, von solchen Zuwiderhandlungen abzuhalten.

Das Aufsichtspersonal ist angewiesen, auf die Befolgung der vorstehenden Bestimmungen ein scharfes Augenmerk zu haben und jede Zuwiderhandlung behufs Verbeiführung der gerichtlichen Verurteilung zur Anzeige zu bringen.

Siegen, den 31. März 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Siegen.

Hemmerde.